

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung und Schließung bestehender Steuerschlupflöcher

Der Landtag möge beschließen:

Die durch die internationalen Medien recherchierten weltweit organisierten Steuerhinterziehungen und Schwarzgeldmachenschaften (Offshore-Leaks) sind von der Landesverwaltung in ihrem Zuständigkeitsbereich konsequent zu verfolgen und zu sanktionieren. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und Länderebene für ein koordiniertes Vorgehen zur Erlangung der insoweit relevanten Daten einzusetzen.

Zur Bekämpfung illegaler, aber auch unerwünschter legaler Steuergestaltungsmöglichkeiten ist ein internationales, insbesondere europaweit einheitliches Vorgehen, erforderlich.

Auf Bund-Länder-Ebene fordern wir als einen ersten Schritt die unverzügliche Einrichtung einer Task-Force. Sie soll vorhandenes Wissen bündeln, vernetzen und die Länder im Steuervollzug unterstützen.

Vincent Kokert und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

Die als Offshore-Leaks bekannt gewordenen Datensammlungen der internationalen Presse über die weltweit agierende „Steuerentlastungsindustrie“ macht erschreckend deutlich, welches Ausmaß die systematische Steuerhinterziehung, legal und illegal, weltweit und auch in Deutschland angenommen hat.

Mecklenburg-Vorpommern kämpft ständig um ausgeglichene Haushalte. Die Steuerdeckungsquote liegt immer noch unterhalb von 50 %. Die Politik versucht, die Einnahmen der öffentlichen Hand zu erhöhen, um den wachsenden Aufgaben gerecht werden zu können. Anpassungen von Leistungsgesetzen und Einnahmeerhöhung durch die Anhebung der Grunderwerbsteuer sind beispielhaft für unser Bundesland zu nennen.

Im krassen Gegensatz dazu steht das Interesse, auch deutscher Unternehmen, die fälligen Steuern nicht zu zahlen und das Gemeinwesen dadurch auszuhöhlen. Das Gerechtigkeitsempfinden ehrlicher Steuerzahler wird massiv erschüttert.

Dabei geht es nicht um eine Neiddebatte, sondern um eine ganz existenzielle Frage. Welche Folgen eine systematische Unterfinanzierung der Öffentlichen Hand hat, wird in den Begleiterscheinungen der europaweit anhaltenden Finanzkrise deutlich.